

Die Reifeprüfung

Muss die Matura härter werden, wie Hochschulen verlangen? Nein. Wichtiger als noch umfassendere Chemie- oder Französischkenntnisse ist, dass die Maturanden besser darauf vorbereitet werden, gesellschaftliche Probleme zu lösen, schreibt Franz Eberle

«NZZ am Sonntag» vom 14.07.2013, Seite 20:

Das Schweizer Gymnasium ist ein internationaler Sonderfall. Wer heute hierzulande das Gymnasium besucht, wird in bis zu zwölf obligatorischen Fächern, einem Schwerpunkt- und einem Ergänzungsfach unterrichtet. Das ist im internationalen Vergleich das umfassendste Pflichtprogramm. Gleichzeitig ist die Maturaquote sehr tief. Im Kanton Glarus erreichen nur 11 Prozent der Jugendlichen eine Matura, der schweizerische Schnitt liegt bei 20 Prozent.

Es fehlen auch landesweite verbindliche Kompetenzziele. Der schweizerische Rahmenlehrplan ist vage. Statt einer einheitlichen Matura führen viele Schulen oder Klassen ihre eigenen Maturaprüfungen durch. Auch die Aufnahmeverfahren ins Gymnasium sind verschieden. Einige Kantone setzen auf eine Prüfung, bei anderen können die Eltern mitentscheiden. Fast einmalig ist zudem, dass die Matura den prüfungsfreien Zugang zu allen universitären Studienfächern gewährt - mit Ausnahme der Medizin. Sonst kennt nur noch der flämische Teil von Belgien diese generelle Zutrittsberechtigung.

Dieser Sonderfall funktioniert aber erstaunlich gut. Das haben die Untersuchungen der letzten Jahre, darunter auch unsere Evamar-II-Studie, gezeigt. Trotzdem reisst die öffentliche Debatte um das Gymnasium nicht ab. Einige Akteure fordern eine Erhöhung der Maturitätsquote. Andere schlagen vor, die Universitäten ihre Studierenden selbst auswählen zu lassen, also Zutrittsprüfungen einzuführen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Vorkenntnisse der Studienanfänger für das gewählte Fach zum Teil lückenhaft sind. Eine markante Erhöhung der Maturitätsquote würde aber zweifellos zu einem sinkenden Niveau der Matura-Abschlüsse führen.

Das Gymnasium in der Schweiz muss sich diesen Fragen stellen. Aber Reformen müssen vom Ziel her gedacht werden. Das Gymnasium hat zwei Ziele, nämlich die allgemeine Studierfähigkeit und die Vorbereitung auf anspruchsvolle Aufgaben in der Gesellschaft. Ich nenne Letzteres die Förderung einer «vertieften Gesellschaftsreife».

Wer an einer Universität studieren will, muss darlegen können, dass er über die Studierfähigkeit verfügt. Diese Studierfähigkeit sollte sich eigentlich nach den Fächern richten, für welche der Zutritt gewährt wird. Weil mit der Matura die Zutrittsberechtigung für alle Studienfächer verliehen wird, sollte diese deshalb - konsequent gedacht - dazu befähigen,

jedes Studium erfolgreich aufzunehmen. Dass nicht alle Maturandinnen und Maturanden dieses Ziel erreichen, ist durch die erwähnte Evamar-II-Studie belegt. Eine lückenlose allgemeine Studierfähigkeit für alle Maturanden wäre aber nur dann möglich, wenn man die Hürden in den Gymnasien deutlich erhöhen würde, womit die Maturaquote noch tiefer sänke.

Das will (fast) niemand. Deshalb drängt sich auf den ersten Blick ein Wechsel zu einem System einer fachspezifischen Prüfung auf. Die Universitäten würden je nach Studienfach die Kenntnisse der Studienbewerber prüfen. Wer zum Beispiel ein Chemiestudium an der ETH absolvieren wollte, müsste etwa im Fach Chemie zwingend ein gewisses Niveau erreichen. Sonst würde er nicht zugelassen, Maturazeugnis hin oder her.

Diese Lösung hätte aber entscheidende Nachteile. Denn das zweite Ziel, die «vertiefte Gesellschaftsreife», würde beeinträchtigt. Dieses Ziel erfordert eine breite Fächerung von Wissen. Fachspezifische Zulassungsprüfungen an den Universitäten hätten zur Folge, dass die Gymnasien sich fachspezifisch ausrichteten. Das Vermitteln von breitem Allgemeinwissen ginge verloren.

Das wäre ein grosser Schaden für die Maturandinnen und Maturanden. Denn viele von ihnen werden später in einflussreichen Positionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Entscheidungen mit gesellschaftlichen Auswirkungen treffen. Sie brauchen jene breitgefächerte Bildung, die sie an der Universität nicht mehr erhalten.

Es bleibt daher nur ein Weg, um die allgemeine Studierfähigkeit für alle zu verbessern. In Zukunft sollte es zumindest bei überfachlichen Studierkompetenzen wie zum Beispiel Zeitmanagement oder Selbstorganisation sowie bei zentralen Fachkompetenzen keine Lücken mehr geben dürfen. Letzteres sind Wissen und Können, das in vielen Studienfächern vorausgesetzt wird: Erstsprache, Englisch, Mathematik, Informatik-Anwendung.

Entscheidend ist eine bessere Förderung der vertieften Gesellschaftsreife. Um sie zu erlangen, reicht das in einem Studium erworbene Wissen und Können nicht aus. Ein verantwortungsvoller Manager etwa sollte auch die nichtökonomischen Aspekte und Wirkungen seiner Entscheide abschätzen können. Eine Nationalrätin sollte die Sachverhalte, zu denen sie zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen gesetzliche Bestimmungen erlässt, in den Grundzügen verstehen und die Wirkung der eigenen Entscheidungen beurteilen können.

Ein Regierungsrat ist beruflich meist nur beschränkt für die breite Palette von Sachaufgaben ausgebildet, die er zu lösen hat, und er hat im Amt auch kaum die Zeit, sich das notwendige Wissen zu erarbeiten. Er sollte wesentliche Grundlagen bereits in der Schule erworben haben. In Diskussionen in der Fernsehsendung «Arena» des Schweizer Fernsehens beispielsweise ist rasch erkennbar, welche Diskussionsteilnehmer in verantwortungsvollen Positionen nicht über die Kompetenzen verfügen, sich zu einem gesellschaftlich wichtigen Problem zu äussern - obwohl sie einen Hochschulabschluss besitzen.

Die Frage ist: Welches Wissen und Können braucht es, um auf anspruchsvolle Aufgaben in der Gesellschaft vorbereitet zu sein? Was man weiss, ist, dass nicht nur für fachspezifische, sondern auch für fachübergreifende Aufgaben fachspezifisches Wissen und Können ausschlaggebend ist.

Man kann also nicht einfach ein paar «Schlüsselqualifikationen» im Bereich der Methoden- und Sozialkompetenzen lernen, um ein guter Problemlöser zu sein, wie das immer wieder behauptet wird. Es braucht fundiertes Grundlagenwissen aus vielen Fächern.

Mit Blick auf die Beibehaltung der allgemeinen Studierfähigkeit ergibt sich auch die Frage, wie viel fachspezifisches Wissen die einzelnen Studienfächer voraussetzen dürfen, also wie viel Geschichtskennntnisse die Universität für ein Geschichtsstudium oder wie viel Geografiewissen sie für ein Geografiestudium verlangt. Das ist verhandelbar. Weil aber jedes Studienfach seine Spezialvoraussetzungen haben will, besteht die Gefahr überfrachteter Lehrpläne.

Es braucht deshalb einen radikalen Ansatz: Fachspezifisches Wissen und Können soll nur dann vorausgesetzt werden dürfen, wenn es dem Ziel der vertieften Gesellschaftsreife - beziehungsweise der Vorbereitung auf die Lösung anspruchsvoller Aufgaben - nicht nur dient, sondern für dieses auch notwendig ist. So wäre dann zum Beispiel die Forderung nach mehr Eingangswissen in Chemie fraglich, wenn dieses im Wesentlichen nur der Entlastung des Chemiestudiums dienen würde, aber für das Verständnis grundlegender naturwissenschaftlicher Zusammenhänge nicht mehr nötig wäre. Das heisst auch, dass die Studienfächer künftig darauf verzichten sollen, sich um Unterrichtsstunden für ihre jeweiligen Spezialansprüche an das Gymnasium zu streiten. Die Universitäten könnten auf jenem fachlichen Spezialwissen und -können aufbauen, das die Gymnasien mit dem Ziel der vertieften Gesellschaftsreife vermittelt haben; und das ist ja nicht wenig.